

Die Gravitation möchte er einer Kritik unterziehen (S. 113) und gemäß seines ca. 2.500 Seiten umfassenden Hauptwerk *Sphären* I-III (1998–2004), in dem er nach der anthropologischen Bedeutung des Raumes fragt, geißelt er den »extensiven Steuerstaat« und den Massenkomfort genauso wie den linken Radikalismus, dem er entgegenhält: »Man muss sich auf eine Inversion des Radikalismus gefasst machen – auf eine Hinwendung zum Luftigen, Wurzellosen, Atmosphärischen. Wer heute zu den letzten Gründen hinabsteigen möchte, geht in die Luft.« (S. 114)

Seinen philosophischen Zeitgenossen empfiehlt er angesichts der »umfassenden Weltkrise« aus den Hörsälen auf die Straße zu gehen, »um unserem Gewerbe, dem heitersten und melancholischsten der Welt, die Bedeutsamkeit zurückzugeben, die ihm, gut gemacht, auch auf den Feldern des nichtakademischen Lebens zukommt. Die Menschen fragen so dringend wie seit langem nicht mehr, was denn das sei: das gute und das bewusste Leben.« (S. 175) Das überrascht doch einigermaßen. Heiterkeit ist man von Apokalyptikern nicht unbedingt gewöhnt, will Sloterdijk doch nicht Zyniker, sondern Kyniker sein, die ihre Zeitgenossen mit Ratschlägen nervten, nach denen sie gar nicht verlangt hatten. Andererseits verwundert es angesichts seiner Thesen nicht, dass Sloterdijk auch gegen die Resignation ankämpft, zieht er Vergleiche mit den Pestepidemien im 14. Jahrhundert, beruft er sich auf den Witz und die Ironie von Boccaccios *Decamerone*. Denn obwohl er im Zweiten Deutschen Fernsehen *Das philosophische Quartett* moderierte, er sich über einen Mangel an öffentlicher Aufmerksamkeit und sicher auch Anerkennung nicht beklagen dürfte, erhebt er – primär wahrscheinlich gegen die akademische Philosophie, die ihn nicht besonders freundlich bäugt, weil sie vielleicht auch ein wenig neidisch ist – schwere, von der Wortwahl indes merkwürdig anmutende Vorwürfe, dass »bei uns anstelle von Streitkultur eine Hetzkultur, eine Denunziantenkultur, eine Herabsetzungskultur entstanden ist, in der die Dinge vorentschieden sind, bevor sie ihre Strittigkeit entfalten konnten.« (S. 262) Jenseits von ideologischen Hintergründen klingt das irgendwie recht zimperlich, signalisiert es eine Verletzlichkeit, die einem kynischen Apokalyptiker nicht gut steht, will er obendrein seinen Zeitgenossen mit Fotos aus der Raumstation sogar den Prozess machen:

»Die Gewissenlosen aber müssen wissen, dass man ihre Gewissenlosigkeit schon vom Weltraum aus sieht. Es wäre falsch zu verschweigen, dass diese Bilder in einem Prozess gegen jene, die noch immer nichts wissen wollen, als belastendes Material vorgelegt werden können.« (S. 183)

Hans-Martin Schönherr-Mann

Jörg TREMMEL / Markus RUTSCHE (Hg.): *Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien*. Wiesbaden: Springer VS, 2016, 498 S., € 44,99

Kinder im Allgemeinen und deren Partizipation im Besonderen sind ein Thema das immer mehr an gesellschaftlicher Bedeutung gewinnt. Der Sammelband *Politische Beteiligung junger Menschen* nähert sich dem Thema in drei Schritten, im ersten Teil mit einführenden und systematisierenden Beiträgen, dann aus verschiedenen sozialwissenschaftlichen Perspektiven und schließlich mit mehreren Fallstudien. Der Kreis der Autorinnen und Autoren ist breit angelegt und besteht, wie es die Herausgeber im Vorwort formulieren, aus erfahrenen Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis ebenso wie aus Studierenden und Nachwuchswissenschaftlern.

Der Band ist interdisziplinär angelegt und verzamelt Beiträge aus Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Literaturwissenschaften und Erziehungswissenschaften.

Gleich der erste Aufsatz »Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa« von Wolfgang Gaiser, Winfried Krüger, Johanna van Rijke und Franziska Wächter untersucht das Thema empirisch mit einem weitgehenden Partizipationsansatz. Die meist dem Deutschen Jugendinstitut nahestehenden Autoren liefern interessante Basisinformationen und der Beitrag mündet in einem analytischen Fazit, das die Jugenddaten einordnet in das wissenschaftliche Umfeld der Untersuchungen zur aktuellen politischen Partizipation wie etwa die Befunde zum Bahnprojekt »Stuttgart 21«.

Der prognostische zweite Beitrag von Klaus Hurrelmann, Mathias Albert und Gudrun Quenzel stellt die Frage »Wird es zu Jugendprotesten in Deutschland kommen?« Die Überlegungen beruhen auf den Daten der 14., 15. und 16. Shell Jugendstudie. Die Autoren kommen mit über-

zeugender Begründung zu dem Ergebnis, dass auf absehbare Zeit nicht mit breit angelegten Jugendprotesten zu rechnen ist. Das ist für die politische Eliten ein erfreuliches Ergebnis, zeigt es doch, dass die vorhandenen Bildungs- und Sozialstrukturen erfolgreich sind in der Herstellung eines politischen Bewusstseins, das den politischen Status quo nicht in Frage stellt. Die Frage, ob diese Stabilität auch die »Flüchtlingskrise« der Jahre 2015 folgend unbeschadet übersteht, konnte der Beitrag nicht beantworten, da sich deren mögliche Konsequenzen, insbesondere auf die Bildungsinstitutionen, erst in den kommenden Jahren zeigen werden.

Der dritte und vierte Beitrag ergänzen diesen Ansatz des ersten Teils ausgezeichnet. Der Text »Einmischen, mitmachen, aufmischen – Partizipation in und durch politische(r) Bildung« von Ursula Bischoff, Susanne Johansson, Frank König, Alexander Leistner, Katja Schau und Eva Zimmermann, einem Autorenteam wieder aus dem Umfeld des DJI, untersucht die aktuell in Modellprojekten praktizierten pädagogischen Ansätze auf ihre Partizipationspotenz, fokussiert auf die »politische« Partizipation. Hier wäre zur Abrundung der Überlegungen eine Betrachtung der Rechtslage mit den §§ 8 Abs. 3, 8b Abs. 2 und 79a Abs. 2 SGB VIII als normativer Hintergrund sinnvoll gewesen, denn die Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe ist eine Rechtspflicht und nicht nur eine »grundlegende (fach-)politische Ausrichtung«.

Der Beitrag von Julia Wittig »Kinder und vorpolitische Beteiligung: Partizipatives Demokratie-Lernen von Anfang an« ergänzt die einführenden Beiträge der empirischen Sozialforschung durch einen entwicklungspsychologischen Blick auf die Bedeutung der ernstgemeinten und ernsthaften Beteiligung von Kindern bereits vor einer politischen Sozialisation als Wirksamkeitsvoraussetzung für eine funktionierende demokratische Diskurskultur. Sie bezieht sich dabei zutreffend auf Art. 12 der UN-KRK, benennt aber nicht den Kern dieser Position, der unter dem Begriff der Subjektstellung zusammengefasst wird.

Der zweite Block unter dem Titel Perspektiven befasst sich zuerst mit dem »Wahlrecht unter 18«. Den Anfang macht der Beitrag von Jörg Tremmel »Demokratie, Epistokratie und der Ausschluss Minderjähriger vom Wahlrecht. Der Vorschlag eines Wahlregisters für Jugendliche

und ältere Kinder«. Als Ausgangspunkt betrachtet Tremmel die Idee Platons von der Herrschaft der Philosophen und auch die von John Stuart Mill, der Analphabeten vom aktiven Wahlrecht ausschließen wollte. Tremmel lehnt die Epistokratie ab und diskutiert das geltende Konzept der Altersgrenze beim aktiven Wahlrecht, das die Grenze nach unten als selbstverständlich ansieht, nach oben aber kategorisch ablehnt. Er bleibt in der historischen Perspektive und zeigt auf, dass die »mangelnde Urteilsfähigkeit« kein neues »Argument« ist, das sich aber beharrlich als solches girierte. Er wendet sich dagegen und zitiert zur juristischen Begründung ausführlich aus der aktuellen Wahlprüfungsbeschwerde. Sein Vorschlag ist schließlich das altersunabhängige Recht auf Eintragung in eine Wählerliste um alle Wahlwilligen in den Kreis der Wähler aufzunehmen.

Die weiteren Beiträge zum Oberthema »Wahlrecht unter 18« beschäftigen sich mit der Möglichkeit eines Wahleignungstests für Minderjährige (Nicholas Munn) und einer Prüfung ob ein »Kinderrecht auf Teilnahme an politischen Wahlen« begründbar ist (Alexander Bagattini). Der Beitrag lehnt dies unter Differenzierung zwischen Wohlfahrtsrechten und Handlungsrechten für die bis zu Zwölfjährigen ab. Der letzte Beitrag zum Wahlrecht konzentriert sich auf die Frage nach der Wahlaltersgrenze von 16 (Sylvia Kritzinger und Eva Zeglovits) und beschreibt auf der Grundlage empirischer Befunde aus dem Jahr 2013 die in Österreich mit der Senkung der Altersgrenze bereits gemachten Erfahrungen.

Die beiden folgenden Beiträge von *Rafael Ziegler* und *Ivo Wallimann-Helmer* beleuchten unter dem Obertitel »Jugend- und Nachwuchsquoten« eine erweiterte Perspektive der Partizipation von Kindern über die Beteiligung an politischen Wahlen hinaus.

Die »Jugendbeteiligung im Internet« ist dann der dritte Block der von den Autoren vorgestellten »Perspektiven«. Norbert Kersting untersucht die Onlinebeteiligung versus Offlinebeteiligung, Stephan Eisel betrachtet das Massenphänomen, dass Diskurse im Internet entgrenzt sind und damit der für politische Diskurse nötige strukturierte Kommunikationsraum nicht besteht. Für Online-Wahlen werden daher kaum Chancen gesehen. Yannic Haan schließlich beschreibt die Nutzung des Internets durch die »Generation YouTube« und deren Partizipationsbemühungen.

Der Beitrag schließt mit »Handlungsempfehlungen für gelingende Online-Partizipation«, die sich an die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung richten.

Den dritten Teil des Sammelbandes bilden Berichte über eine Reihe von Teilnehmungsmodellen. Der Beitrag von Sebastian Müller und Urs Unkuf nähert sich den Jugendgemeinderäten in Baden-Württemberg und analysiert deren partizipative Chancen. Tobias B. Bacherle betrachtet die Ergebnisse der Kommunalwahl in ausgewählten Gemeinden nach der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Der Wahlerfolg von Kandidaten unter 18 erweist sich danach als sehr begrenzt. Udo Wenzel wertet ergänzend die Erfolge der »jungen Listen« in Baden-Württemberg aus. Die Rolle des »Jugendbeirats der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württemberg« ist der Untersuchungsgegenstand von Lena Krumbein, Katrin Maier-Sohn und Frank Ulmer. Dieser Landesbeirat wird eingeordnet in ähnliche Strukturen anderer Bundesländer und es werden sein Ziele und seine partizipative Tauglichkeit thematisiert.

Ein ganz konkretes Projekt in einer ganz konkreten Gemeinde haben Erik Flügge und Lucas Gerrits im Blick. Es geht um das von den Autoren entwickelte »Biberacher Modell«, dessen Teilnehmungsqualität und Tauglichkeit für künftige Verfahren sie kritisch hinterfragen.

Die beiden letzten Beiträge untersuchen die Partizipation in bürokratisierten Bildungseinrichtungen, Annika Franz die »Mitbestimmung in der Schule« und Lukas Kurz die »studentische Mitbestimmung«, beide mit eher ernüchternden Ergebnissen.

Mit Ausnahme des Aufsatzes von Jörg Tremmel ist allen Beiträgen gemeinsam, dass sie die gängige politische Forderung einer Einsichtsfähigkeit für das aktive Wahlrecht als legitim anerkennen. Genau hier aber liegt ein zentrales politisches und rechtliches Problem. Es darf in diesem Zusammenhang darauf verwiesen werden, dass die gleiche Vorstellung von den (meist männlichen) Verteidigern des Status Quo lange erfolgreich gegen das aktive Wahlrecht von Frauen vorgebracht wurde. Insgesamt ist der Sammelband gleichwohl eine gute Ergänzung zur vorhandenen Literatur, die überwiegend rechtliche und politikwissenschaftliche Fragestellungen zur Partizipation von Kindern behandelt. Wer mit Kindern arbeitet und deren Partizipation fördern will, findet in den Beiträgen gute argumentative Ansätze und Beispiele.

*Kurt-Peter Merk*